



Inhalt

I. Verhängnisvolle Freundschaft eines Beamten	1
1. Der Fall	1
2. Die Entscheidung	2
3. Fazit	
II. Neues auf Rehmnetz	3
Beamtenblog	3

I. Verhängnisvolle Freundschaft eines Beamten

von Christian Horvat, Rechtsanwalt
meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Das Vereinswesen ist ein typisch deutsches Charakteristikum. Wenn der Deutsche etwas macht, dann macht er es eben hundertprozentig. „Wo dazuzugehören“ gibt ja auch ein gutes Gefühl, erst recht, wenn man sogar einen Führungsposten ergattert hat. Auf diese Weise entstehen zuweilen sogar Freundschaften. Man trifft sich privat und ist bereit dem anderen auch kleine Gefälligkeiten zu erweisen. „Freunde“ werden schließlich nicht hängen gelassen. Manchen reicht auch, einen „Freund“ zu haben, die Mitglied einer entsprechenden Vereinigung ist.

Ähnlich solidarisch dachte wohl auch ein Justizvollzugshauptsekretär, als ein alter Freund, der einem Motorradclub angehörte, ihn darum bat inhaftierten Clubmitgliedern „kleine“ Gefälligkeiten zu erweisen. Diese Freundschaftsdienste hatten allerdings einen so beträchtlichen Umfang, dass sie ihn in erhebliche Schwierigkeiten und bis vor die Straf- und Verwaltungsgerichtsbarkeit brachten, welche diese Dienste nicht als freundschaftliche Gefälligkeiten sondern als kriminelle Handlungen qualifizierten.

1. Der Fall

Ein 1967 geborener Justizvollzugshauptsekretär hatte einem ihm bekannten Mitglied eines Motorradclubs, welchem er selbst nicht angehörte, Informationen über ein inhaftiertes Clubmitglied verschafft. Die Informationen bezogen sich darauf, wie der Transport des inhaftierten Mitglieds zum jeweiligen Strafgericht gesichert war und darüber hinaus auch die Art der Unterbringung in der Justizvollzugsanstalt. Hierfür wurde er des Geheimnisverrats gem. § 353b StGB in zwei Fällen und zu einer Gesamtgeldstrafe von 75 Tagessätzen verurteilt.

Dem Strafverfahren folgte das Disziplinarverfahren vor dem Verwaltungsgericht, welches sich über den zwei-

fachen Geheimnisverrat hinaus mit dem Vorwurf, dass der genannte Justizvollzugshauptsekretär seine Bereitschaft erklärt hatte, Gegenstände in die Justizvollzugsanstalt zu schmuggeln und sie zwei weiteren inhaftierten Mitgliedern des selben Motorradclubs zu übergeben, zu befassen.

Das Verwaltungsgericht sah diese Taten als ausreichend an, um eine Entfernung des genannten Justizvollzugshauptsekretär aus der Beamtenstellung zu rechtfertigen. Es begründete seine Entscheidung damit, dass er seine Dienstpflichten zu achtungs- und vertrauenswürdigem Verhalten sowie die allgemeinen Richtlinien seines Dienstherren verletzt habe. Außerdem habe er durch dieses Dienstvergehen das Vertrauen des Dienstherren und der Allgemeinheit unwiederbringlich verloren.

Der Beklagte legte letztlich Nichtzulassungsbeschwerde zum Bundesverwaltungsgericht ein. Dabei verwies er auf die grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache und rügte Verfahrensfehler (§ 67 Satz 1 LDG NW und § 132 Abs. 2 Nr. 1 und 3 VwGO).

II. Die Entscheidung

Diese Beschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht zurückgewiesen und der Beklagte musste die Kosten des Beschwerdeverfahrens tragen. Das Gericht betrachtete die Beschwerde als unbegründet, weil die Rechtssache nicht jene Bedeutung aufweise, welche die Beschwerde des Beklagten ihr zumaß (§ 67 Satz 1 LDG NW).

Die in der Beschwerde enthaltene Frage, ob die Entfernung aus dem Beamtenverhältnis als schwerste disziplinarische Maßnahme in diesem Fall Anwendung finden darf, bejahte das Gericht. Die Entfernung aus dem



Beamtenverhältnis sei unter dem Gesichtspunkt der Schwere des Dienstvergehens durchaus angemessen (§ 13 II 1 LDG NW). Das Gericht rechtfertigte diese Schlussfolgerung mit der Funktion von Disziplinarverfahren. Diese sollten die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicherstellen, sowie das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit der Beamten bestärken. Eben diese Funktionsfähigkeit, sowie das Vertrauen seien durch die dienstwidrige Tat verletzt worden.

Darüber hinaus wurde in der Beschwerde die Frage aufgeworfen, ob von der vorsätzlichen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung dann schon die Rede

sein kann, wenn eine Person, mit welcher der Beamte seit der Kindheit und Jugend persönlich verbunden ist und zufällig Mitglied in einer kriminellen Vereinigung ist, etwas als persönlichen Gefallen vom Beamten erbittet. Die in der Beschwerde behaupteten Verfahrensmängel des Verwaltungsgerichtes (§ 67 Satz 1 LDG NW und § 132 Abs. 2 Nr. 3 VwGO) hat das Gericht ebenfalls nicht durchgreifen lassen. Die behauptete Verletzung des Anspruches auf rechtliches Gehör liege nicht vor, nur weil in der mündlichen Hauptverhandlung Zeitungsberichte, welche die öffentliche Wahrnehmung über die Motorradgruppe darstellten, verlesen und dazu keine Fragen an den Beklagten gerichtet wurden. Der Anspruch auf rechtliches Gehör solle vielmehr als Möglichkeit eines Verfahrensteilnehmers verstanden werden, den Gang und Ausgang eines Verfahrens zu beeinflussen. Diese Möglichkeit wurde eingeräumt und der Beklagte war auch im Stande diese zu tun.



Produkttipp

Schwegmann/Summer

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



11424 Seiten
Loseblattwerk zzgl. Aktualisierungslieferungen.
In 7 Ordnern
€ 299,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-8073-0166-2

[\[Mehr Info\]](#)

Das Besoldungsrecht regelt die Bezüge aller Beamten. Dieser unschlagbar detaillierte Praktiker-Kommentar erläutert alle Besoldungsgesetze von Bund und Ländern, sowie ausgewählte wichtige Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften. Alle zentralen, landesrechtlichen Regelungen zur Besoldung sind aktuell und umfassend dargestellt.

Ein Schwerpunkt für 2016 wird der weitere Aufbau der Kommentierung der Landesbesoldungsgesetze sein, die das Bundesrecht bereits durch eigenes Landesrecht abgelöst haben. In diesem Bereich ist die Kommentierung zum BayBesG bereits nahezu vollständig.

Ihr Vorteil: Unsere Experten, die in den Ministerien selbst an der Ausarbeitung der besoldungsrechtlichen Vorschriften mitwirken.

III. Fazit

Der Volksmund sagt: „Zeige mir Deine Freunde und ich sage Dir wer Du bist.“ So allgemein und aufgreifbar diese Aussage ist, so enthält sie im Kern freilich eine ernst zu nehmende Warnung. Schlechte Gesellschaft ist gerade für den Willensschwachen zuweilen fatal. Auch Beamte haben natürlich das Recht, sich die Kreise in welchen sie in ihrer Freizeit verkehren, selbst auszusuchen. Kein Beamter muss seine dienstfreie Zeit ausschließlich in „Tempeln und Tugend“ zu fristen und sich nur heimlich zu wünschen, sich mit den harten Jungs die Kutte überzuwerfen und – vermeintlichen – Respekt zu ernten. Der Tanz zwischen den Welten kann aber wie gesehen böse enden. Aus dem großväterlichen Sprichwort mit den Freunden wird dann leicht ein „Mitgefangen, mitgehangen!“

Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt
Fachanwalt für Strafrecht
Fachanwalt für Steuerrecht

Der Blog zum Beamtenrecht



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)



II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Eine fragwürdige Verordnung des bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales](#)

[Besitzen Beamte auf Widerruf ein funktionelles Amt?](#)

[Kirchenbeamte: Staat im Staat?](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).



Produktipp

Gansen

Disziplinarrecht in Bund und Ländern

Kommentar



3846 Seiten
Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen
ISBN 978-3-7685-3043-9

[\[Mehr Info\]](#)

Auch als Internetlösung verfügbar:
Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen –
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 49,99

[\[Mehr Info\]](#)



Produktipp

Lemhöfer/Leppek

Das Laufbahnrecht der Bundesbeamten

Kommentar zur Bundeslaufbahnverordnung (BLV) nebst laufbahnrechtlichen Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes und anderer Bundesgesetze, wichtigen Verwaltungsrichtlinien und Beschlüssen des Bundespersonalausschusses



Loseblattwerk im Ordner
ISBN 978-3-8073-0291-1
€ 129,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

Der Überblick auf Bundesebene

In diesem Praxiskommentar wird das allgemeine Laufbahnrecht des Bundes (Bundeslaufbahnverordnung einschließlich der Vorschriften für Beamte und Laufbahnen besonderer Fachrichtungen) unter Berücksichtigung der Rechtsprechung umfassend erläutert.

Allgemeine Beschlüsse des Bundespersonalausschusses sind jeweils bei der betroffenen Vorschrift der Bundeslaufbahnverordnung vermerkt.

Im Anhangteil sind außerdem verstreute und zum Teil schwer zugängliche, laufbahnrechtlich bedeutsame Einzelvorschriften anderer Gesetze, Verwaltungsregelungen, sowie Geschäfts- und Verfahrensordnungen des Bundespersonalausschusses enthalten.

[\[Mehr Info\]](#)